

An die
Nürnberger Medien

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 11. Mai 2020

Es gilt das gesprochene Wort

Grundsatzklärung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Fraktionsvorsitzender Achim Mletzko**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Frau Bürgermeisterin, Herr Bürgermeister,
sehr geschätztes Referentenkollegium,
liebe Kolleginnen und Kollegen des ehrenamtlichen Nürnberger Stadtrates,

lassen Sie mich, bevor ich auf unsere bündnis-grünen Ziele der nächsten sechs Jahre zu sprechen komme, unserer Freude Ausdruck darüber verleihen, dass an diesem Tag unter einem eventuell wenig beachteten Tagesordnungspunkt von allen Demokraten im Nürnberger Stadtrat, gemeinsam eine klare Aussage getroffen wird, nämlich: Nürnberg hält zusammen!

Nürnberg hält zusammen gegen alle Versuche demokratiefeindlicher Kräfte, sich in das Herz der kommunalen Selbstverwaltung zu schleichen. Wir haben uns gemeinsam dazu bekannt, denjenigen, die völkischen Visionen nachhängen, denjenigen, die mit Ausgrenzung und einer unbarmherzigen Rhetorik politischen Einfluss zu nehmen versuchen, mit klarer Kante entgegenzutreten. Konkret bedeutet dies: Wir bilden Stadtratsausschüsse mit 14 Mitgliedern und zählen diese nach d`Hondt aus. Dies machen wir bewusst und dies machen wir mit voller Überzeugung, denn: Wir können nicht am 8. Mai, also vor genau drei Tagen, 75 Jahre Befreiung vom Faschismus auch und gerade in dieser Stadt feiern, um dann wenig später einer Partei die Türen aufmachen, die die Zeit von 1933 – 1945 „als Vogelschiss der Geschichte“ interpretiert. Über alle demokratischen Parteigrenzen hinweg sind wir uns hier einig – unser gemeinsames Vorgehen ist ein starkes Zeichen für eine solidarische Stadtgesellschaft!

Und hier will ich gleich überleiten zur Grundaussage des uns vorliegenden Kooperationsvertrages. Ich freue mich, dass sie einen inklusiven, solidarischen und umfassenden Titel gewählt haben: „... weil wir alle Nürnberg sind“. Und, wir alle wollen gemeinsam neu starten – auch das ist notwendig, wenn wir etwa die Verwerfungen der Pandemie bedenken. Hier haben wir ja kein Handbuch, das uns beschreibt und vorgibt, wie wir mit unserer Stadt aus diesem Menschheitstrauma herauskommen und es gibt keinen

„göttlichen Algorithmus“, in den man bestimmte Parameter einspeist und am Schluss kommt das Rezept heraus, nach dem man handeln kann und dann wird alles ganz schnell wieder gut.

Bevor ich aber zu **unserer** Grundhaltung komme, was die finanzielle Tragweite der Krise betrifft, ein paar Bemerkungen zu den Zielen der Kooperationspartner und unserer Einschätzungen dazu. Grundsätzlich gilt: Sie haben sich bemüht, und das ist ja in der Präambel auch klar ausgedrückt, „sich für ein Miteinander der demokratischen Kräfte einzusetzen und reichen allen demokratischen Kräften die Hand“. Darüber hinaus bekennen sie sich zu den langen Linien der gemeinsamen Ratspolitik der vergangenen Jahre, etwa in den Fragen der infrastrukturellen Entwicklung dieser Stadt, dem Ausbau der Bildungsinfrastruktur und dem Bau und der Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten. Sie bekennen sich zur Geschichte der Stadt und ihrer Verantwortung für die Menschenrechte, die sich daraus ableitet und beschreiben unser kulturelles Leben als Grundbestandteil elementarer Bürgerrechte. Hier, in der Präambel, sehen wir eine offene, freiheitliche, geschichtsbewusste und vielfältige Stadtgesellschaft abgebildet – und gerade deshalb irritieren manche später folgenden Aussagen doch erheblich, ich komme darauf noch zu sprechen.

Obwohl sich der Pulverdampf der gescheiterten Kooperationsbemühungen inzwischen weitgehend verzogen hat und wir zur Sach- und Tagespolitik übergehen, zieht sich weiterhin wie ein roter Faden ihre Priorisierung „Personalfragen vor inhaltlichen Fragen“ durch ihre Vereinbarung. In den 19 Seiten Text beginnen sie zuallererst mit den personellen Vereinbarungen, und auf Seite 16 kommen sie dann auf den Klimaschutz zu sprechen. Manchmal ist so eine Reihung aussagekräftiger als alles andere!

Und obwohl es dazu massivste Kritik gab, wird ein Stadtrechtsdirektorium gebildet, für das sich die CSU das Vorschlagsrecht einträgt. Ein weiterhin erstaunlicher Vorgang!

In dem Bereich, den sie mit „Mobilität“ beschreiben, ist schon in der Benennung deutlich abzulesen, dass sie keine **Mobilitätswende** anstreben, sie wollen auch keine **Verkehrswende**, die ihren Namen verdient. Wir alle wissen doch hier, dass ein „Masterplan Mobilität“, so wie sie ihn anstreben, viele, viele Jahre dauern wird, bevor ein höchst umfangreiches Werk vorliegt. Es ist zu befürchten, dass bis dahin mit Verweis auf diesen Masterplan dringende Schritte zu einer echten Verkehrswende unterbleiben. Sie halten fest am Bau des Frankenschnellweges und wollen Quartiersparkhäuser bauen – zwei Maßnahmen, die zu mehr Autos in der Stadt und zu mehr Individualverkehr führen werden. Der Gipfel ist freilich der Absatz zur grundsätzlichen *autoarmen Quartiersplanung*, zur *Verkehrsberuhigung in der Altstadt* ... mit gleichzeitiger Öffnungsklausel der Bergstraße. Ich sage es für meine Fraktion an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich: Wer für sich in Anspruch nehmen will, dem Klimaschutz Vorrang einzuräumen und damit alles zu tun, was zu einer deutlichen Minderung der Co2-Emissionen zu kommen, kann nicht gleichzeitig Straßen und Quartiersparkhäuser planen und gesperrte Straßen wiedereröffnen. Sie müssen sich schon entscheiden: Wollen sie in der Regel ein *Weiter So* oder eine echte Verkehrswende – beides zusammen geht nicht!

Ich will auch klar benennen, was uns in ihrem Kooperationsvertrag an dieser Stelle fehlt, und da waren wir ja in unseren Kooperationssondierungen schon wesentlich weiter, wie mir scheint: Es fehlt

- Ein klares JA zum Radentscheid, sobald die erforderlichen Unterschriften vorliegen;
- Ein klares JA zum Bürgerentscheid „365-Euro-Jahresticket“ ab 1. Januar 2021;
- Ein klares JA zur Planung einer Altstadtquerung per Straßenbahn mit abschließendem Bürgerentscheid;
- Ein klares JA einer ambitionierten Fußgängerpolitik, die zumindest das Globalziel beschreibt, nämlich den ruhenden Individualverkehr von den Gehsteigen zurückzudrängen (Stichwort Längs- und Schrägparker) um den Fußgänger*innen mehr öffentlichen Raum einzuräumen;

- Ein klares JA für eine massive Aufwertung des Radverkehrs. Die Verkehrswende würde mit keiner Maßnahme so verdeutlicht, wie der Neuaufteilung des Verkehrsraumes zu Gunsten des Radverkehrs. Leider bleiben sie hier in ihren Aussagen weit hinter dem Notwendigen zurück – ihre Aussage „wo es möglich und wirtschaftlich vertretbar sei“ macht deutlich, dass wir hier wenig bis nichts erwarten dürfen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sie wurden vor zwei Tagen in einer Nürnberger Boulevardzeitung mit den Aussagen zitiert, „...jetzt werde Nürnberg sauber und sicher.“ Man kann sich seine Überschriften nicht raussuchen, das weiß jeder hier. Aber wenn man mit bestimmten Blättern spricht, kalkuliert man eine bestimmte Tonalität in der Berichterstattung ein, auch das ist keine Frage.

Und wenn man dann den Artikel liest, stellt sich heraus, dass vieles davon kalter Kaffee ist. Aber es wird eine klare Strategie deutlich, der sich auch die SPD nicht verschließen mag: Man muss eine bestimmte Situation subkutan herbeireden, um dann mit einem großen Sicherheits- und Ordnungspaket punkten zu können! Man kann Müllsünder in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik stellen und das Thema hochjazzen, man kann organisiertes Betteln hochreden um dann hartes Durchgreifen anzukündigen und dann schließt man den Kreis, in dem man eine kräftige Aufstockung des Kommunalen Außendienstes ankündigt. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Fraktion weiß, von welcher Seite sie dafür Beifall bekommen werden und wir werden an dieser Stelle eine vollkommen andere Politik verfolgen. Die Sicherheitslage in Nürnberg ist ausgezeichnet, es braucht keine weiteren Organe in diesem Bereich!

Unser Credo lautet daher: Eine vielfältige, diverse, queere, multireligiöse Stadtgesellschaft mit ihren ganz unterschiedlichsten Lebensentwürfen, mit ihren Bürgerinnen aus über 170 Nationen schafft Freiheit und Sicherheit aus sich heraus. So, wie in den vergangenen Jahrzehnten auch und so wie in den vergangenen Jahrzehnten höchst erfolgreich!

Darüber hinaus lassen sie sich, Herr Kollege Kriegelstein, in der Lokalpresse mit den Worten zitieren, dass mit der Einrichtung eines Stadtrechtsdirektoriums „dem Ordnungsrecht wieder zur Geltung verholfen werden solle“. Man ist ja gerade fassungslos, wenn man so etwas lesen muss. Ihre Partei ist seit 18 Jahren in der Regierung und sie haben es in diesen 18 Jahren nicht geschafft, dass das Ordnungsrecht zur Geltung gelangte? Erstaunlich!

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben mit hartem Durchgriff für eine glasklare CSU-Zentrale im Bürgermeisteramt gesorgt und dem Stadtrechtsdirektorium im Vorgriff auf eine Grundsatzdebatte im gesamten Stadtrat eine exorbitante Stelle mit großer Macht zugewiesen. Wie gesagt, jetzt brauchen Sie nur noch ein gesellschaftliches Klima herbeizureden, dass Nürnberg eine Stadt ist, „in der wieder Recht und Ordnung herrschen soll“. Wir warnen ausdrücklich vor dieser Verführung – den „Lohn“ solcher Politik streichen andere ein!

Im Bereich des Ausländerrechtes kenne sie alle unsere Positionierung. Wir nehmen es nicht hin, dass unterstellt wird, es gäbe in diesen Fragen so gut wie keinen Handlungsspielraum. Dann könnte man ja auch im Einwohnermeldeamt einen Automaten aufstellen, der die entsprechenden Bescheide auf Knopfdruck ausfertigt.

Insofern ist der vorgeschlagene Weg der Einrichtung eines **Beratungsgremiums** bestenfalls gut gemeint – wir fordern dagegen einen „Nürnberger Weg“ der durch ein Höchstmaß an Toleranz und Hilfe gekennzeichnet ist und nicht mit dem Gegenteil desselben weiterhin bundesweit Schlagzeilen produziert.

In den weiteren Teilen ihres Kooperationsvertrages bestätigen sie hier in der Regel die langen Linien gemeinsamer Nürnberger Kommunalpolitik – aber das darf man ja auch, das ist ja nicht verboten, sondern klärt den Blick auf das, was wir weiterhin gemeinsam vorantreiben wollen.

Vielleicht doch ein Satz zum Bereich *Soziale Gerechtigkeit und Gesundheit*: Es ist ein Schritt nach vorne, wenn wir uns einig sind, ein so genanntes Drogenhilfzentrum einzurichten. Es beinhaltet das, was wir bisher unter dem Begriff Drogenkonsumraum diskutiert haben, es soll und darf nur nicht so heißen. Unsere Unterstützung ist Ihnen hier sicher.

Ich komme jetzt zum Bereich Klima- und Umweltschutz, der, wie erwähnt, schon auf Seite 16 Eingang findet. Es ist aber auch das erste Mal, dass dem Klimaschutz in einem Vertrag so viele Zeilen gewidmet werden – auch das gehört zur seriösen Bewertung dazu.

Drei Aussagen sind in der Klimadebatte **für uns** maßgebend für die nächsten Jahre:

- Wir haben den wärmsten Januar seit Beginn der Wetteraufzeichnungen hinter uns,
- wir haben den zwölften zu trockenen April nacheinander hinter uns, es fielen nur 6% der normalen Durchschnittsmenge an Niederschlag in Nürnberg,
- und wir müssen wissen, dass die letzten fünf heißesten Sommer der vergangenen 125 Jahren die kühlfsten fünf Sommer der kommenden 125 Jahre sein werden!

Den Schwerpunkt ihrer Klimavereinbarung bildet sicher der angekündigte *Klimafonds*, der offenbar mit 20 Mio. Euro/Jahr ausgestattet werden soll. Was aus diesem Titel beglichen werden soll, bleibt weitgehend unklar. Sollen darin schon vorhandene, kommunale Ausgabetitel abgebildet werden? Oder sollen neue, innovative und hocheffektive Projekte, die wir gemeinsam entwickeln, damit angeschoben werden? Wir vermissen hier klare, konkrete Aussagen, wie genau sie hier die Stadtverwaltung klimaneutral aufstellen wollen. Aber, anders herum, wir verstehen das auch als Einladung an alle demokratischen Kräfte im Rat, sich im Rahmen eines Kompetenzwettbewerbs einzubringen mit den besten Vorschlägen, Anträgen und Ideen, wie wir die Stadtverwaltung zügig und effektiv klimaneutral aufstellen.

Unsere Ziele gehen an diesem Punkt doch deutlich weiter: Wir wollen eine Co²-Minderung nicht nur für die Stadtverwaltung, sondern wir wollen mit Riesenschritten die gesamte Kommune rasch und nachhaltig Co²-arm aufstellen. Sie sprechen in ihrer Vereinbarung häufig von zusätzlichen Beratungsangeboten, wir wollen hier einen viel größeren HANDLUNGSBEREICH sehen! Unsere Absicht ist natürlich, VOR 2035 am Ziel zu sein!

Unsere Forderungen sind hier glasklar:

- Wir wollen mehr Bäume statt mehr Parkraum. Für jedes Neugeborene wird ein Baum gepflanzt und zwar in der unmittelbaren Stadt, weniger in der Peripherie, nicht im Reichswald, nein im öffentlichen städtischen Raum. Je näher am Stadtzentrum umso vorrangiger, je weiter in die Peripherie umso nachrangiger heißt unsere Devise. Reichswald zählt nicht.
- Wir wollen, dass die drängenden Fragen des Wohnungsbaus und die Fragen der Biodiversität, der Freiraumbedarfe und der damit verbundenen Frischluftschneisen auf gleicher Augenhöhe behandelt werden.
- Wir fordern das Einfrieren der VAG-Stadtтарife für mindestens drei weitere Jahre, um dem ÖPNV von dieser Seite her zu einem weiteren Schub zu verhelfen.
- Wir müssen gemeinsam eine „Vision 2030“ entwickeln. Darin verpflichten wir uns zu energischen Zielsetzungen, die rational überprüfbar sein müssen. Was haben wir wann und mit welchem Einsatz im Bereich Klimaschutz erreicht? Eventuell kann der angekündigte Nachhaltigkeitsrat dazu eine Brücke bauen.

- Wir werden beantragen, aus dem Klimafonds unter anderem PV-Anlagen zu fördern (Dachanlagen, Balkonkraftwerke), um den Bürger*innen die Möglichkeit zu eröffnen, selber Klimaaktivisten zu werden!

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu den finanziellen Verwerfungen sagen, die uns die nächsten Jahre bedrücken werden. Wie gesagt, es gibt keinen „Ratgeber Finanzen bei Pandemien“, da muss man schon selber den Kopf einschalten und gemeinsam überlegen, wie man die Aufgaben einer Kommune gut organisiert und durch die Krise bringt.

Lassen sie es mich anhand von fünf Punkten versuchen:

1. So schwer es auch momentan fällt, muss man sich auch fragen dürfen, ob aus dieser Pandemie die Chance erwächst, Eingefahrenes neu zu denken. Wir können uns überlegen, ob wir nicht prioritär regionale Kreisläufe stärker gewichten, und dies nicht nur im Lebensmittelbereich. Hier sind wir gespannt auf Vorschläge aus dem Wirtschaftsreferat, wir erwarten einen Bericht, welche Möglichkeiten hier gesehen werden, nachhaltiger im besten Sinne des Wortes zu handeln. Umfangreiche faire Beschaffung wäre hier z.B. ein Stichwort, das man zu neuer Wertigkeit führen könnte.
2. Vorrang hat die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltung. Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzzufriedenheit sind wesentliche Grundlagen für eine hochmotivierte Mitarbeiterschaft. Ohne diese kommen wir nicht über und aus der Krise, hier darf es keinen Finanzierungsvorbehalt geben – deutliche Sparbemühungen freilich schon.
3. Bei den (langfristigen) Investitionen bekennen wir uns ausdrücklich zu einem antizyklischen Ausgabeverhalten der Kommune. Der Mittelstand und das Handwerk brauchen die Stadt als Auftraggeber so dringend wie nie zuvor! Das bedeutet auch, dass wir bereit sind, ggfls. eine höhere Neuverschuldung zu tolerieren. Unsere Investitionen in Klimaschutz und Bildung, in die soziale Infrastruktur und das kulturelle Leben gerade jetzt zurückzufahren wäre falsch. Aber: Wir benötigen hier ein kluges, gemeinsames Aushandeln, wo man prioritär investieren will und an welcher Stelle man Investitionen etwas schieben kann. Über allem steht aber die Grundsatzfrage: Was ist eine nachhaltige und was ist eine nicht-nachhaltige Investition?
4. Der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025 kann in den Zeiten der Pandemie eine zusätzliche, starke Funktion zufallen: Es kann tatsächlich ein gemeinsames Projekt der solidarischen Stadtgesellschaft werden, das gerade aus einer möglichen emotionalen Krise der Stadtgesellschaft herausführen könnte. Dass man das Projekt aus der Hyperintellektualität dann auf die Füße stellen muss ist klar – das englischsprachige Bidbook wird das nicht leisten. Da muss man wohl eher Klaus Schamberger bitten, sich des Themas anzunehmen ...
5. Der Klimaschutz kennt keinen Finanzierungsvorbehalt. Hier müssen wir gemeinsam und prioritär vorangehen. Jeder Euro, der in den nächsten Monaten und Jahren aufgewendet wird, ist ein kleiner Betrag im Vergleich zu den Summen, die wir in den 2030er ff. Jahren benötigen würden, wenn wir jetzt nicht unsere Hausaufgaben machen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dies sind die Grundzüge unserer Politik für die überschaubare Zukunft.

Konstruktives Miteinander wird unsere Politik prägen, immer unter dem Motto: „Suchet der Stadt Bestes“.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.